

Stand: 02.01.2026 12:37:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4497

"Klimaziele erreichen durch Erneuerbare Energien - Dezentrale Energiewende statt (Kohle-)Stromtrassen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4497 vom 27.11.2014
2. Beschluss des Plenums 17/4568 vom 27.11.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 27.11.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. LIMA) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Klimaziele erreichen durch Erneuerbare Energien – Dezentrale Energiewende statt (Kohle-)Stromtrassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auch aus Klimaschutzgründen für die dezentrale Energiewende und die Erneuerbaren Energien einzusetzen und deshalb gegen den geplanten Bau von SuedLink und der Gleichstrompassage Süd-Ost einzutreten, die auch der langfristigen Aufrechterhaltung der Kohleverstromung dienen.

Begründung:

Nach derzeitigem Stand wird Deutschland die sich selbst gesteckten Klimaziele verfehlten. Während die Stromerzeugung aus Kohlekraftwerken in den letzten Jahren zugenommen hat, kommen die weniger klimaschädlichen Gaskraftwerke kaum noch zum Zug. Dringend notwendig ist ein ambitionierter Ausbau der Erneuerbaren Energien, ergänzt durch flexible Gaskraftwerke mit Rahmenbedingungen, welche die Gaskraft nicht länger wirtschaftlich gegen die Kohlekraft benachteiligt.

Mit den geplanten Gleichstromtrassen soll das Stromnetz für eine unbeschränkte Einspeisung fossil erzeugten Stroms auch bei Starkwind-Stromeinspeisung ausgebaut werden. Dadurch würden eine Verminderung des Einsatzes fossil befeuerter Kraftwerke und so eine Reduzierung der CO₂-Emissionen behindert und so die festgelegten Ziele der Energiewende gefährdet. Stromexport und Bedienung der Kohlelobby auch in der Politik geht derzeit vor Klimaschutz und vor dem Ziel der Energiewende.

Auch die jetzt geplante Verlängerung der Gleichstrompassage Süd-Ost ändert nichts daran, dass voraussichtlich erhebliche Mengen Kohlestrom nach Bayern transportiert werden würden. Auch bei der geplanten SuedLink-Trasse ist zu erwarten, dass diese nicht nur für Erneuerbare Energien genutzt wird, sondern auch Kohlestrom eingespeist wird bzw. die Kohleverstromung durch die zusätzlichen Leitungskapazitäten strukturell unterstützt wird. Statt Milliarden in den Bau von Gleichstromtrassen nach Norddeutschland zu investieren, sollte vernünftigerweise auch eine bessere Zusammenarbeit im Energiebereich mit Österreich betrieben werden.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hänisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4497

Klimaziele erreichen durch Erneuerbare Energien – Dezentrale Energiewende statt (Kohle-)Stromtrassen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Florian von Brunn

Abg. Natascha Kohnen

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
**Erreichung der Klimaschutzziele durch Reduktion der Kohleverstromung
(Drs. 17/4470)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.
(Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
**Klimaziele erreichen durch Erneuerbare Energien - Dezentrale Energiewende
statt (Kohle-)Stromtrassen (Drs. 17/4497)**

Zu beiden Anträgen ist namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Unser erster Redner ist der Kollege Martin Stümpfig. – Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei der Stromproduktion ist die Energiewende in Deutschland seit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes durch die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 auf einem guten Weg. Für das kommende Jahr wird eine Strommenge von circa 160 Terawattstunden aus erneuerbaren Energien erwartet. Das ist ungefähr ein Viertel der deutschen Stromproduktion. Wir können also sagen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien gut vorangekommen ist.

Leider sind auf der anderen Seite die konventionellen Kraftwerke nicht in gleichem Maße zurückgefahren worden. Momentan sind wir bei der Kohleverstromung sowohl 2013 als auch 2014 auf einem Höchststand. Jetzt gilt es, diesen Trend zu stoppen; denn sonst werden wir das 40-Prozent-Ziel beim CO₂ bis 2020 nicht erreichen. Wir werden gnadenlos scheitern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier gilt unsere klare Aussage: Wir sind nicht aus der Atomkraft ausgestiegen, um jetzt in die Kohlekraft einzusteigen.

Die Überkapazitäten im Kraftwerkspark haben verschiedene Folgen. Der Strompreis an der Börse fällt kontinuierlich. Wie Sie vielleicht wissen, hatten wir 2008 an der Börse einen Strompreis von acht Cent. Momentan liegt er unter vier Cent. Es wird prognostiziert, dass das weiterhin so bleibt. Die Überkapazitäten führen auch zu einem gewaltigen Stromexport ins benachbarte Ausland. Wir schreiben Jahr für Jahr Rekordmarken, und das ergibt keinen Sinn.

Durch diese Überkapazitäten und den Preisverfall kommen sehr viele Kraftwerke in die roten Zahlen. Gerade die Gaskraftwerke geraten in Bedrängnis. Die deutschen Gaskraftwerke sind zum Beispiel letztes Jahr gerade einmal zu 15 % gelaufen. Das ist viel zu wenig. Die Gaskraftwerke haben momentan Grenzkosten von 50 Euro, die Steinkohlekraftwerke Grenzkosten von 32 Euro. Sie können sich vorstellen, welche Kraftwerke gerade laufen, eben nicht die effizienten Gaskraftwerke, sondern die dreckigen Kohlekraftwerke.

Dies alles zusammen führt dazu, dass wir im vergangenen Jahr mehr Kohlestrom produziert haben, der zum großen Teil ins Ausland verkauft wurde. Gleichzeitig gehen die Gaskraftwerke in die Knie. Die Wirtschaftlichkeit vieler Energieversorgungsunternehmen, insbesondere unserer Stadtwerke, ist massiv gefährdet. Wir haben hier ein Paradox: Wir erzeugen mehr Strom aus erneuerbaren Energien, gleichzeitig aber verzeichnet Deutschland derzeit Steigerungen bei den CO₂-Emissionen. Das darf so nicht bleiben. Die Erfolge, die wir bei den erneuerbaren Energien haben, werden komplett durch die Kohlekraftwerke aufgefressen. Es ist also höchste Zeit, hier steuernd einzutreten. Wir sind nicht der Meinung, dass wir gleichzeitig aus der Atomkraft und der Kohlekraft aussteigen sollten. Hier ist uns schon unterstellt worden, wir würden Märchen erzählen. Das ist nicht unser Plan. Wir brauchen aber genauso wie bei der Atomkraft auch bei der Kohle einen konkreten Ausstiegsplan. Wir brauchen einen konkreten Fahrplan für einen geordneten Ausstieg aus der Kohlekraft bzw. dafür, dass wir sie

massiv reduzieren. In diesem Bereich unterstützen wir die Initiative unseres Bundeswirtschaftsministers Gabriel, der jetzt angekündigt hat, die Produktion aus Braunkohle- und Steinkohlekraftwerken zu drosseln. Das geht in die richtige Richtung. Uns reicht das natürlich nicht. Wir wollen mehr als die genannten 22 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Es ist aber der richtige Weg, die Produktion aus der Braunkohle zu drosseln. Diese Initiative ist sinnvoll, weil sie dem Klimaschutz dient. Die Braunkohlekraftwerke sind die größten Dreckschleudern unserer Nation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Dinosaurier – man kann es nicht anders sagen – aus der Steinzeit der Energieversorgung müssen jetzt endlich abgeschaltet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Initiative ist aber auch wirklich eine Win-win-Situation. Die großen Energieversorgungsunternehmen beäugen sich momentan argwöhnisch, wer denn ein Kraftwerk vom Netz nimmt; denn dann könnten Ihre Kraftwerke vielleicht wieder ein bisschen mehr verdienen. Alle großen Energiekonzerne würden davon profitieren, wenn Kraftwerke koordiniert vom Netz gingen, weil der Preis am Markt steigt. Dafür ist ein koordiniertes Vorgehen notwendig. Die Bayerische Staatsregierung ist aufgefordert, den Bundeswirtschaftsminister bei einem Eingriff zu unterstützen, um die Überkapazitäten vom Netz zu nehmen. Das ist eine Win-win-Situation. Die Energiekonzerne werden profitieren. Das wäre ein großer Vorteil für den Klimaschutz. Bitte ergreifen Sie die Initiative und unterstützen Sie dieses Vorgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Pluspunkt ist, dass die Strompreise minimal beeinflusst werden. In Bezug auf die Merit-Order ist es wichtig, Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen. Die Strompreise werden durch diese Eingriffe nur minimal beeinflusst werden. Laut Prognosen, beispielsweise vom DIW, wird der Preis an der Börse um 0,5 Cent steigen. Das wird

im Gegenzug durch die EEG-Umlage wieder aufgefangen. Für Bürger, Privatpersonen und Endverbraucher wird sich nur ein minimaler Strompreisanstieg einstellen. Abschließend kann man sagen: In ganz vielen Bereichen gibt es große Vorteile.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich abschließend zu unseren bayerischen Gaskraftwerken. Wir wollen sie wieder besser im Markt verankern. Es ist ein Hohn, dass derzeit die alten Braunkohlekraftwerke mit einem Wirkungsgrad von gerade einmal 30 % laufen und unsere Gaskraftwerke, zum Beispiel das Kraftwerk Irsching, mit einem Wirkungsgrad von 60 % stillstehen. Das ist ein Hohn. Dagegen müssen wir einfach etwas tun. Das darf so nicht weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Erwin Huber (CSU): Was?)

- Wir sagen, wir müssen Überkapazitäten vom Markt nehmen. Herr Huber, wir beide gehen das an. Ich sehe, wir sind entschlossen.

(Lachen bei der SPD)

Außerdem brauchen wir einen Ausstiegsplan für die Kohle. Ich hoffe, Sie folgen mir in diesem Bereich. Wir brauchen einen koordinierten Plan. Die GRÜNEN fordern den kompletten Ausstieg aus der Kohlekraft bis zum Jahr 2030. Die Richtung ist jedoch wichtig. Wir müssen jetzt vorangehen.

Wir brauchen Grenzwerte für neue Kraftwerke, die ans Netz gehen. Heutzutage dürfen keine ineffizienten Kohlekraftwerke neu installiert werden. Wir brauchen eine Belebung des Emissionshandels. Das sogenannte Backloading, bei dem nur zurückgestellt wird, hilft uns nicht. Stattdessen brauchen wir Maßnahmen, die CO₂-Zertifikate aus dem Markt nehmen, das sogenannte Set-aside. Das ist ganz wichtig. Wir hoffen, dass sich die Bayerische Staatsregierung national und europaweit für einen CO₂-Mindestpreis einsetzt. Das sind wichtige Bereiche im Klimaschutz. Wir wollen Sie auffordern,

sich massiv dafür einzusetzen, damit Deutschland das 40-Prozent-Ziel zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes erreicht. Das ist sehr wichtig für unsere Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Zurückfahren der Kohleverstromung ist in unser aller und besonders in bayerischem Interesse.

Nächstes Jahr finden Verhandlungen zum Thema Klimaschutz in Paris statt. Das sind wegweisende Verhandlungen. Deutschland muss mit einer gewichtigen Stimme sprechen. Wir müssen ernst genommen werden. Wir werden nur ernst genommen, wenn wir die Klimaschutzziele einhalten werden. Ohne Einsparungen beim Kohlestrom – das ist ein großer Bereich – werden wir die Klimaschutzziele nie erreichen. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig. Der nächste Redner ist Herr Kollege Aiwanger. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns beschäftigen wieder einmal die Themen Energie, Energiewende und alle damit verbundenen Zusammenhänge – und das ist gut so. Das Thema wird uns beschäftigen, solange dieser Landtag und diese Republik keine in sich schlüssige und nachhaltige Antwort haben, die umgesetzt werden kann, die zum Ziel führt, irgendwann aus den fossilen Energieträgern auszusteigen und die Versorgungssicherheit sowie die Bezahlbarkeit des Stroms sicherzustellen. Die GRÜNEN stellen zu Recht infrage, ob wir uns auf Dauer an die Kohle hängen sollen. Sie sagen: Von dem hohen CO₂-Ausstoß kommen wir nur runter, wenn wir uns Schritt für Schritt von der Kohle weg bewegen.

Wir FREIE WÄHLER verbinden diese Forderung mit einer Feststellung sowie einer konkreten politischen Weichenstellung, die wir aus bayerischer Sicht beeinflussen

können. Selbstverständlich können wir an den Bund appellieren, die Zahlen einzuhalten. Der Bund wird mit den Schultern zucken und nichts tun. Meine Damen und Herren, derzeit haben wir das Problem, dass die politische Kohle-Lobby sehr stark ist. Das kann man wollen oder nicht wollen. Das ist nun einmal Realität. Ich glaube, die SPD wird von der Situation eingeholt, dass Frau Hannelore Kraft ihren politischen Verpflichtungen in Nordrhein-Westfalen nachkommt. Sie pflegt Wirtschaftskontakte und macht Zusagen, um die Kohlekraft zu erhalten. Genauso verhält es sich in einigen ostdeutschen Bundesländern. Dort besteht ein politisches Problem. Das ist die Ursache dafür, dass wir nicht ernsthaft aus der Kohlekraft aussteigen, sondern die Dinge vor uns herschieben. Man macht so weiter mit der Folge, dass wir den CO₂-Zielen hinterherhecheln und diese nicht erreichen und die erneuerbaren Energien nicht den Durchbruch erzielen, der technisch längst möglich wäre.

Als FREIE WÄHLER stellen wir in diesem Zusammenhang wieder die Trassendebatte in den Mittelpunkt. Warum? – Ich kann den Ball zu den GRÜNEN hinüberspielen. Professor Jarass ist ein Parteimitglied der GRÜNEN – das muss jetzt nichts heißen; das haben wir bei Herrn Denzler auch gesehen. Ein Mitglied der GRÜNEN, ein namhafter Professor sagt: Die geplanten Stromtrassen SuedLink und Süd-Ost-Passage, die wir in Bayern ablehnen und die wir als FREIE WÄHLER wie die betroffenen Bürger in den Regionen sehr kritisch sehen, sind nur deshalb nötig, weil eine Bedarfsplanung läuft, die gewährleistet, dass die Kohlekraft bei jedem Starkwindereignis trotzdem voll weiterfahren werden kann. Er sagt: Wenn man dieses Ziel infrage stellen würde – die können einspeisen, wie sie wollen –, bräuchten wir diese Trassen nicht. Er spricht sich also gegen diese Trassen aus und sagt unterm Strich sogar: Diese Trassen behindern den politischen Druck auf den Kohleausstieg. Warum? - Mit diesen Trassen werden Engpässe beseitigt, die das Nebeneinander von Kohle und erneuerbaren Energien irgendwo möglich machen. Damit sinkt der Druck auf die Kohle. Die Kombination aus erneuerbaren Energien und Gas wäre sehr viel sinnvoller. Gas kann man sehr viel effektiver regeln, wenn der Wind weht oder die Sonne scheint. Das geht mit Kohle- und Atomkraft nicht. Wenn wir diese Trassen weiter ablehnen, wird der Druck beim Aus-

bau der erneuerbaren Energien steigen, die Gaskraft ins Spiel zu bringen. Bei der Gewinnung von Energie aus Gas wird pro Energieeinheit sehr viel weniger CO₂ ausgestoßen als bei der Energiegewinnung aus Kohle. Damit wird die Stromtrasse im Endeffekt zur Hilfsbrücke für die Kohlekraft.

An der Stelle bitte ich die GRÜNEN, ihre Zustimmung zur Trasse zu überdenken. Ich will gar nicht weitere gesundheitsgefährdende Einflüsse aufführen. Trotzdem nenne ich noch ein Beispiel: Bei den Gleichstrom-Übertragungstrassen werden Luftschadstoffe, die sich in der Nähe dieser Leitungen befinden, ionisiert. Das ist etwa dann der Fall, wenn die Leitung an Verkehrswegen vorbeiführt. Die ionisierten Luftschadstoffe wirken beim Einatmen sogar krebsfördernd. Würde dies an anderer Stelle passieren, würden sich die GRÜNEN an die Masten ketten und fordern: Das geht gar nicht, die müssen weg. – Solche Probleme sind politisch nicht gelöst. Schaut hier genau hin! Mit eurer Unterstützung der Trassen legt ihr im Prinzip den Bypass für die Beibehaltung der Kohlekraft, macht euch mitschuldig an einer Umweltbelastung, die wir noch gar nicht absehen können, verzögert den Ausstieg aus der Kohlekraft und werft den erneuerbaren Energien Prügel zwischen die Beine.

Meine Damen und Herren, in Zusammenhängen gedachte Politik kann nur ganz klar sagen: Nein zu SuedLink, Nein zur Süd-Ost-Passage. Parallel dazu müssen die erneuerbaren Energien gezielt weiter ausgebaut werden, Schritt für Schritt ist die Kohle zurückzunehmen, Schritt für Schritt ist Gas aufzubauen. An den Speichern kommen wir am Ende sowieso nicht vorbei. Selbst Befürworter der Trasse sagen heute, sie sind nur deshalb für die Trasse, weil die Speicher noch nicht so weit sind. Langfristig brauchen wir sowieso Speicher, wenn irgendwann 60, 70 % erneuerbare Energien in unserem Strommix sind. – Darauf frage ich Sie, warum wir nicht gleich mehr in die Speicher gehen? – Jetzt bauen Sie eine Trasse, die nur der Kohlekraft nutzt, und sagen: Irgendwann braucht man trotzdem die Speicher, und dann ist die Trasse eigentlich wieder überflüssig. Daher lautet die klare Botschaft der FREIEN WÄHLER: Nein zur

Trasse, Ja zu erneuerbaren Energien und schnellstmöglich hinein in die Speichertechnik. Das fordern wir mit unserem heutigen Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Aiwanger. Als Nächsten darf ich den Kollegen Dr. Martin Huber ans Redepult bitten. – Bitte schön.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Es kommt nicht mehr so oft vor, dass in diesem Hause die FDP erwähnt wird. Aber heute möchte ich mit einem FDP-Zitat anfangen: Jeder Satz weniger von den GRÜNEN ist ein Beitrag zur CO₂-Einsparung. – Sie fordern in Ihrem Antrag, dass auf Bundesebene die CO₂-Emissionen um 40 % gesenkt werden sollen. Sie schreiben in Ihren Antrag nicht einmal, von welchem Wert Sie ausgehen: 40 % wovon?

Davon abgesehen ist das, was Sie fordern, längst von der Großen Koalition beschlossen worden. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom November 2013: "National wollen wir die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Stand 1990 reduzieren." Sie fordern also etwas, was ohnehin geschieht. Während Sie auf Show setzen und Schaufensteranträge stellen, kümmern wir uns um die Realität und handeln. Bayern handelt schon jetzt und investiert zum Beispiel in die Forschung. Im Juli wurde die bayernweit erste Klimamessboje im Ammersee freigeschaltet. Bayern ist auch beim Klimaschutz einsame Spitze in Deutschland. Bis 2020 sollen die energiebedingten CO₂-Emissionen in Bayern pro Kopf und Jahr auf deutlich unter sechs Tonnen gesenkt werden. Bayern setzt auf einen engagierten Klimaschutz. Das Umweltministerium erarbeitet ein "Klimaschutzprogramm Bayern 2050". Ziel dabei ist, den Klimaschutz in allen Lebensbereichen zu verankern und zu verfestigen. Dazu sollen auch regionale Initiativen vorangetrieben und ein intensiver Dialog mit allen Beteiligten geführt werden.

Wir nutzen aber auch unsere regionalen Handlungsspielräume. Zum Beispiel können Moore bis zu 50 Tonnen Kohlendioxid pro Hektar und Jahr speichern. In den feuchten

Moorböden sowie in den Pflanzen wird das Kohlendioxid gespeichert. Deswegen wird Bayern bis zum Jahr 2020 50 Moore renaturieren. Wir haben seit 2008 mit rund neun Millionen Euro zehn Moorgebiete saniert. In 30 weiteren Gebieten sind Maßnahmen geplant oder begonnen worden. Bereits durch diese Renaturierung von Mooren wird in Bayern ein positiver Klimaeffekt durch Bindung von jährlich 25.000 Tonnen CO₂ erreicht. In Bayern findet jährlich die Bayerische Klimawoche statt. Die Staatsregierung fördert den Klimaschutz. Die Bayerische Klima-Allianz unterstützt diese Ziele. Ich könnte diese lange Liste noch fortsetzen.

Die wichtigste Maßnahme, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, besteht jedoch darin, Strom erst gar nicht zu verbrauchen. Deshalb hat der Haushaltsausschuss des Landtags auf Initiative der CSU-Fraktion kürzlich beschlossen, für staatliche Gebäude noch in diesem Jahr zusätzliche zehn Millionen Euro auszugeben, um die Energieeffizienz zu erhöhen. Wir erhöhen damit das bestehende Sonderprogramm "Energetische Sanierung staatlicher Gebäude" für das laufende Jahr um 50 % von bisher 20 Millionen auf 30 Millionen Euro. Bayern fördert zudem auch Klimaschutzmaßnahmen in den Kommunen zur Gebäudesanierung mit mehreren Millionen Euro. Sie sehen also, das Ziel, Treibhausgas-Emissionen zu senken, wird in Bayern effizient verfolgt.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin aber auch dankbar für diesen Antrag, weil er zeigt, wie gut es ist, dass die GRÜNEN hier in Bayern nicht regieren; denn dort, wo sie regieren, können sie es nicht. Machen wir den Faktencheck. Die GRÜNEN in Bayern stellen den Antrag, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Ich frage mich: Sind das die gleichen GRÜNEN, die in Bayern für den bedingungslosen Bau von Stromtrassen eintreten, um Braunkohlestrom von Nord nach Süd zu transportieren? Sind das die gleichen GRÜNEN, die in den drei Bundesländern an der Regierung sind, in denen 11 der 14 größten Steinkohlekraftwerke Deutschlands stehen? Und sind das vor allem auch die gleichen GRÜNEN, die in Nordrhein-Westfalen mitregieren, wo allein die Hälfte der 14 größten Steinkohlekraftwerke Deutschlands steht und wo der CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr

mit 16 Tonnen mehr als doppelt so hoch liegt wie in Bayern, meine Damen und Herren?

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Bayern hat Atomkraft!)

Ich würde sagen: Machen Sie doch zuerst einmal dort Ihre Hausaufgaben, wo Sie regieren, bevor Sie hier im Bayerischen Landtag Schaufensteranträge stellen. Wir brauchen hier in Bayern jedenfalls keine grünen Oberlehrer, wenn es um den Klimaschutz geht.

(Christine Kamm (GRÜNE): Wir brauchen auch keine CSU-Politik!)

- Frau Kamm, auf Ihren Zwischenruf kann ich nur erwidern, es gibt noch einen Unterschied: Wir machen Politik mit dem Kopf, Sie mit dem Kehlkopf.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir werden daher Ihren Antrag ablehnen; denn es ist wie bei der Deutschen Post: falscher Adressat, Annahme verweigert, zurück an den Absender. Stellen Sie diesen Antrag in Nordrhein-Westfalen; denn da gehört er hin.

Ich sage noch ein Wort zum Antrag der FREIEN WÄHLER, der hoppla hopp hochgezogen worden ist. Natürlich setzen wir uns für die erneuerbaren Energien ein. 36 % des Stromverbrauchs in Bayern werden über erneuerbare Energien gedeckt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wasserkraft!)

Im Bund liegt der Anteil bei 28 %. Aus einer Studie der Agentur für Erneuerbare Energien, die gestern veröffentlicht wurde, geht hervor, dass Bayern bei der Nutzung der erneuerbaren Energien an der Spitze liegt und so stark wie kein anderes Land ist. In Bayern wird die dezentrale Energiewende vollzogen.

Was die Stromtrassen betrifft, Herr Kollege Aiwanger, verweise ich auf den Energiedialog der Staatsministerin Ilse Aigner. Den Ergebnissen, die dort erarbeitet werden,

sollten wir hier nicht voreilen. Der bisherige Verlauf hat allerdings gezeigt, dass es sich lohnt, diese Planungen genau zu prüfen. Vorfestlegungen an dieser Stelle sind mit Sicherheit nicht sinnvoll. Deswegen lehnen wir auch diesen Antrag ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Huber, bitte bleiben Sie noch am Pult. Herr Kollege von Brunn hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Kollege Huber, im Bundesdurchschnitt kommen 20 % der Treibhausgase aus dem Sektor Verkehr, in Bayern 40 %. Welche Vorschläge haben Sie denn, um dieses Problem anzugehen? Dazu habe ich nichts gehört.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Huber, bitte schön.

Dr. Martin Huber (CSU): Dass der Bereich der Mobilität im Hinblick auf die CO₂-Emissionen ein ganz wichtiger Punkt ist, ist klar. Deswegen gilt es zum Beispiel auch im Bereich der Elektromobilität voranzukommen. In Bayern gibt es verschiedene Modellprojekte, die es in anderen Bundesländern nicht gibt. Damit meine ich Projekte wie E-WALD und dergleichen. Natürlich müssten wir auch im Bereich der E-Mobilität ganz stark dranbleiben, um auch in diesem großen Bereich eine weitere Senkung zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke, Herr Kollege Huber. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kohnen. Bitte schön.

(Erwin Huber (CSU): Auf geht's!)

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) - Ja, Erwin Huber, jetzt geht's auf. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr

Huber, ich kann mich wirklich nur wundern, wenn Sie diesen Antragstext für ein derartiges GRÜNEN-Bashing benutzen. Wofür denn, meine Lieben, wofür denn? In diesem Text steht tatsächlich, was auf Bundesebene im Moment erledigt wird. Das Klimaschutz-Aktionsprogramm wird nächste Woche, am 3.12., im Koitionsausschuss in Berlin diskutiert. Wenn man sich auskennt, Herr Dr. Huber, kann man bei dem Text der GRÜNEN sehr genau verstehen, was sie mit 40 % meinen. Jeder, der sich fachlich damit beschäftigt, weiß, dass damit die Reduzierung der CO₂-Emissionen um 40 % gemeint ist. Sie haben das selber gesagt. Es ist unnötig, bei einem Antrag, der so formuliert ist, dass von den GRÜNEN auch unterstützt wird, was in der Großen Koalition in Berlin gemacht wird, mit einer solchen Nummer hier aufzutauchen und nur draufzuhauen für nichts und wieder nichts.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen auch: Sie sind die Partei, die hier über Jahrzehnte mit der Atomkraft nach vorne gegangen ist. Die SPD hat das früher mal geteilt bis Tschernobyl. Wir haben 1986 den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen; Sie haben das nicht getan, sondern Sie mussten erst bis Fukushima das Ganze auf die Spitze treiben, um dann aus der Atomkraft auszusteigen. Sie beschimpfen jetzt die GRÜNEN, dass sie an Regierungen beteiligt sind, für die die Kohlekraft eine wesentliche Rolle spielt. Herr Dr. Huber, an Ihrer Stelle würde ich da etwas abrüsten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das mit den Mooren, das sind alles alte Leiern, die kamen schon in der letzten Legislaturperiode. Interessant ist aber wirklich: Wieso machen Sie kein bayerisches Klimaschutzgesetz?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Warum gibt es kein vernünftiges Monitoring, wie die CO₂-Emissionen in Bayern entstehen? – Sie behaupten, Sie nehmen in Ihre Rechnung immer nur die energiebeding-

ten Emissionen rein. Sie nehmen all die anderen CO₂-Emissionen nicht hinein. Interessant ist auch, dass Kollege Scheuenstuhl im Umweltausschuss lauter Anträge stellt, wie man ein Klimaschutzgesetz vorbereiten kann, und Sie diese Anträge von A bis Z ablehnen. Irgendetwas stimmt in Ihren Reihen nicht, würde ich mal sagen.

Ich habe auch nichts dazu gehört, Herr Kollege Dr. Huber: Wie sieht es aus mit den CO₂-Emissionen, die Herr Martin Stümpfig erwähnt hat? Ich glaube, man muss sich in Europa dafür einsetzen, dass der CO₂-Zertifikatemarkt wieder in einen Rahmen kommt, dass er europaweit für eine Senkung der CO₂-Emissionen sorgt.

Sachlich und fachlich, lieber Herr Dr. Huber, ist von Ihrer Seite wirklich nichts gekommen, was mit diesem Antrag noch etwas zu tun hat.

Wir werden diesen Antrag der GRÜNEN mit einem Ja unterstützen. Warum? – Weil wir die 40 %, und Sie übrigens auch in der Bundesregierung, zur Erinnerung, in der Großen Koalition festgeschrieben haben. Sie setzen das mit uns im Moment um. Nächste Woche wird Bundesumweltministerin Hendricks mit dem Bundeswirtschaftsminister das auch noch einmal diskutieren; da sind Sie auch dabei. An diesem Antrag ist nichts falsch, liebe CSU. Sie können ihm zustimmen. Darin stehen nur Dinge, die so sind, wie sie sind. Herr Stümpfig hat eigens die Formulierung verwendet, dass die Kohleverstromung "entsprechend" reduziert wird. Seine Rede ist etwas anders ausgefallen, aber Sie müssen über diesen Antrag abstimmen, und dieser Antrag benennt das, was Sie selber tun. Insofern gibt es überhaupt keinen Grund, ihn abzulehnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Martin Stümpfig, man wird sich nächste Woche in Berlin darüber unterhalten müssen, ob die 22 Millionen Tonnen tatsächlich ausreichen oder nicht. Herr Dr. Huber, Sie können sich bei Herrn Stümpfig erkundigen, was es mit diesen 22 Millionen Tonnen auf sich hat; er kann Ihnen das erklären, oder wir erklären es Ihnen. Auf jeden Fall wird das nächste Woche diskutiert.

Herr Aiwanger, was Sie heute hier gebracht haben - - Wo ist er denn jetzt? Jetzt ist er weg. Egal, sein energiepolitischer Sprecher ist auch weg. – Das Interessante ist: Immer, wenn es um Trassen geht, ist der energiepolitische Sprecher der FREIEN WÄHLER verschwunden. Der weiß auch, warum. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Kohnen. – Jetzt hat sich noch einmal Kollege Stümpfig zu Wort gemeldet. – Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das hat mich jetzt doch vom Stuhl gerissen. Herr Dr. Huber, dass Sie nicht wissen, worum es geht, wenn ich vom 40-Prozent-Ziel schreibe, zeigt doch ganz deutlich, dass wir – wie Frau Kohnen schon gesagt hat – in der Staatsregierung, in Ihrer Partei, eine anständige Klimaschutzberechnung brauchen. Wir brauchen ein Klimaschutzkonzept. Das gibt es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, wir liegen beim CO₂ bei einem Pro-Kopf-Ausstoß von 6 Tonnen. Unser Pro-Kopf-Ausstoß steigt momentan wieder. Wir sind bei 6,3 Tonnen. Wir waren schon einmal bei 6,0. Der Trend geht eigentlich in die falsche Richtung. Bei diesem Trick muss man schon sagen, dass Sie es bei der Bilanzierung schaffen, den Braunkohlestrom, der eindeutig auch nach Bayern fließt, nicht bei uns zu bilanzieren. Der wird irgendwo in den ostdeutschen Bundesländern bilanziert, den schieben wir ab. Wir machen eine ganz tolle Bilanz. Das ist nicht das Papier wert, auf dem es steht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Sie unterstellen uns, wir würden für einen bedingungslosen Ausbau der Trassen für Braunkohle sprechen. Also bitte! Das ist jenseits von Gut und Böse. Ich habe heute Morgen einen sehr guten Dialog mit Frau Aigner gehabt. Wir haben gemeinsam mit SPD und FREIEN WÄHLERN die Dinge besprochen. In vielen Punkten sind wir uns

einig, in welche Richtung es gehen soll, über den Kapazitätsmarkt, auch über einen gewissen Leitungsausbau, was also notwendig sein wird für die Zukunft. Wie Sie auf diesen Antrag einschlagen, der wirklich sehr neutral gefasst ist, ist unverständlich. Ich habe heute zu meiner Besuchergruppe gesagt: Ich bin schon gespannt, was die CSU wieder findet, um den Antrag abzulehnen. Sie kommen von Mooren auf die Kohlekraft. So viel Fantasie habe ich selber nicht gehabt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Heiterkeit der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich habe seit einigen Monaten ein Elektroauto. Ihrem CSU-Verkehrsminister in Berlin gelingt es nicht, Anreize zur Förderung der Elektromobilität in Deutschland zu schaffen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Im Gegenteil: Über eine Pkw-Maut werde ich als Elektroautobesitzer noch bestraft, weil ich nämlich keine Kfz-Steuer bezahle. Wo wollen Sie denn hin? Da ist überhaupt kein Konzept vorhanden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Punkt noch zur Landespolitik, weil Sie gerade gesagt haben, wir in Bayern seien spitze. Wenn Sie sich die neue Bewertung der Deutschen Umwelthilfe anschauen, sehen Sie: Bei der Bewertung der Landespolitik liegen wir auf Platz 16, und wir sind bei den politischen Rahmenbedingungen für die Windenergie ebenfalls auf Platz 16.

Zu Herrn Aiwanger noch zwei Worte. Herr Aiwanger, Sie schaffen es immer, egal, wie das Thema ist, irgendwie auf Trassen zu kommen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Da hat er recht!)

Nur noch ein letzter Satz: Ist Ihnen bekannt, dass in Schleswig-Holstein mittlerweile 300 % des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien produziert wird? Der muss ir-

gendwie zu uns nach Bayern. Das ist nun einmal die SuedLink-Trasse. Da können Sie tun, was Sie wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Anträge werden wieder getrennt. Zu beiden Anträgen ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/4470 abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung – fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 16.28 bis 16.33 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Auch dieses Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich komme nun zur nächsten namentlichen Abstimmung. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit: namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/4497. Das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Die Urnen stehen bereit. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 16.34 bis 16.37 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung. Die drei Minuten sind um. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen. Ich möchte mit der Sitzung fortfahren.

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Maßnahmen gegen Verordnung über geschützten Landschaftsbestandteil ‚Der Hohe Buchene Wald im Ebracher Forst‘ ergreifen", Drucksache 17/4469: Mit Ja haben 96 gestimmt, mit Nein haben 49 gestimmt, Stimmenthaltungen keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, von Brunn, Petersen und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Steigerwald: Ernsthafte Bewerbung statt Trittsteinkonzept", Drucksache 17/4476: Mit Ja haben 51 gestimmt, mit Nein haben 93 gestimmt, Stimmenthaltungen keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Da ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Erreichung der Klimaschutzziele durch Reduktion der Kohleverstromung", Drucksache 17/4470. Mit Ja haben 61, mit Nein haben 73 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen: eine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Da ist ferner der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Professor (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Klimaziele erreichen durch Erneuerbare Energien – Dezentrale Energiewende statt (Kohle-)Stromtrassen", Drucksache 17/4497. Mit Ja haben 12, mit Nein haben 122 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen: drei. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.11.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Erreichung der Klimaschutzziele durch Reduktion der Kohleverstromung (Drucksache 17/4470)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith			
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max			X
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas			
Bachhuber Martin		X		Gote Ulrike		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Gottstein Eva			
Bauer Volker				Güll Martin		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra			X
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim		X	
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid			X
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.			X
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans			X
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian			X
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold		X	
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hintersberger Johannes			X
Dorow Alex		X		Hofmann Michael			X
Dünkel Norbert		X		Holetschek Klaus			X
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard			X
Eck Gerhard				Huber Erwin			X
Dr. Eiling-Hüting Ute		X		Dr. Huber Marcel			X
Eisenreich Georg		X		Dr. Huber Martin			X
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas			X
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Dr. Hünnerkopf Otto			X
Fehlner Martina				Huml Melanie			
Felbinger Günther				Imhof Hermann			X
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver			X
Dr. Förster Linus	X			Kamm Christine		X	
Freller Karl				Kaniber Michaela			X
Füracker Albert				Karl Annette		X	
Ganserer Markus	X			Kirchner Sandro			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Knoblauch Günther		X	
				König Alexander			X
				Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter			
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans			
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Büssinger Helga	X		
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wenger Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			

Gesamtsumme	61	73	1
-------------	----	----	---

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.11.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Klimaziele erreichen durch Erneuerbare Energien - Dezentrale Energiewende statt (Kohle-)Stromtrassen (Drucksache 17/4497)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang			X
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max			X
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva			
Güll Martin			X
Güller Harald			X
Guttenberger Petra			X
Haderthauer Christine			
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid			X
Heike Jürgen W.			X
Herold Hans			X
Dr. Herrmann Florian			X
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra			X
Hintersberger Johannes			X
Hofmann Michael			X
Holetschek Klaus			X
Dr. Hopp Gerhard			X
Huber Erwin			X
Dr. Huber Marcel			X
Dr. Huber Martin			X
Huber Thomas			X
Dr. Hünnerkopf Otto			X
Huml Melanie			
Imhof Hermann			
Jörg Oliver			X
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela			X
Karl Annette			X
Kirchner Sandro			
Knoblauch Günther			X
König Alexander			X
Kohnen Natascha			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			
Schmitt-Büssinger Helga		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streible Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wenger Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg			X
Winter Peter			X
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
	Gesamtsumme	12	122
			3